



queerKastle
Karlsruher Zentrum für queere Vielfalt

Queer leben in Karlsruhe

Forderungskatalog für eine
queerfreundliche Fächerstadt

2023

Ausgearbeitet und formuliert vom queerKastle Beirat in Kooperation
mit queeren Vereinen und Organisationen



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Stadtverwaltung, lieber Gemeinderat,

das Jahr 2022 war erneut kein erfreuliches Jahr für **queere Menschen** weltweit: Nicht nur in undemokratischen Staaten wurden aktiv queere Menschen diskriminiert, verfolgt und ermordet, sondern auch in Staaten wie den USA oder im Herzen Europas werden systematisch die Rechte queerer Menschen massiv eingeschränkt. Während in US-Bundesstaaten wie Florida und Texas LSBTQIA* Themen komplett unsichtbar gemacht werden, bilden sich in Polen ganze LSBTQIA*-freie Zonen und queere Menschen werden von rechtspopulistischen Regierungsführer*innen zu Staatsfeinden erklärt. Der Schutz queerer Menschen und die Bewahrung ihrer Rechte ist deswegen wichtiger denn je.

Leider gab und gibt es auch in Karlsruhe queerfeindliche Übergriffe wie die Angriffe auf CSD-Teilnehmer*innen vergangenen Jahres oder die homophoben Beleidigungen von Kontrolleur*innen im ÖPNV. Die mit den Vorfällen in Verbindung stehenden Vorwürfe gegenüber Sicherheitsbehörden belasten unsere Community in Karlsruhe zusätzlich. Doch nicht nur von außen existieren Gefahren, sondern auch interne Probleme prägen Karlsruhe: Zurzeit wird die dezentrale, zum Teil schlecht vernetzte, queere Community auf dem Rücken von sich ehrenamtlich engagierenden Menschen getragen. Ohne queeres Zentrum als Anlaufstelle für alle queeren, queer-interessierten Menschen und deren Angehörigen, gibt es wenig Angebote zur Vernetzung, Unterstützungsfindung und Weiterbildung. Zudem ist auch die queerspezifische Gesundheitsversorgung nicht komplett abgesichert und im allgemeinen Stadtbild mangelt es an queerer Symbolik und an Aufenthaltsorten, um nur ein paar wenige weitere Problemstellungen zu nennen.

Der Mangel an queerer Vernetzung und Struktur der queeren Community in Karlsruhe war einer der großen Beweggründe zur Gründung von **queerKastle e.V.**, welcher den Aufbau eines queeren Zentrums in Karlsruhe und zudem die queere Vernetzung zum Ziel hat. Mit der Vereinsgründung wurde das seit 2020 bestehende Vernetzungstreffen aller queeren Organisationen in Karlsruhe als **Beirat** in die Satzung des Vereins implementiert. Dieser Beirat soll als **Zusammenkunft von Vertreter*innen aller queeren Strukturen in Karlsruhe** gemeinsam versuchen, die vielfältigen Bedürfnisse der queeren Community in die Vereinsstruktur mit einzubinden und die Vernetzung innerhalb der Stadt zu fördern. Auf dieser Grundlage wurden von uns, dem **Beirat von queerKastle e.V.**, unterschiedlichste Forderungen und Bedürfnisse der queeren Community in Karlsruhe zusammengetragen.

In Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von queeren Organisationen, Vereinen und Fachpersonen wurden diese Forderungen diskutiert, ausformuliert und in diesem Forderungskatalog zusammengefasst, um durch die Perspektiven queerer Einwohner*innen egal welchen Alters Bedürfnisse und Interessen innerhalb unserer Stadt darzulegen. Wir haben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit - doch wir beanspruchen für diesen Forderungskatalog, dass er durch die vielfältigen Beteiligungen und seine weitreichenden Inhalte die kritische Lage der queeren

Community in großem Maße widerspiegelt. Die enthaltenen Forderungen richten sich dabei hauptsächlich an Stadtverwaltung, Ämter und Behörden, Gemeinderat und die entsprechenden Ausschüssen sowie die kommunale Verwaltung. Der Forderungskatalog soll darüber hinaus für alle interessierten Einwohner*innen zugänglich sein, die sich für die Belange queerer Menschen interessieren und stark machen wollen.

Für ihr großes Engagement möchten wir uns an dieser Stelle bei allen Beteiligten, die sich Zeit genommen, Gespräche geführt und am Ende diesen Katalog mit möglich gemacht haben, herzlich bedanken.

Der Dank geht aber auch an die Stadt für die bisherige Unterstützung – sei es finanziell oder repräsentativ. Karlsruhe hat lange eine Vorreiterrolle im Hinblick auf die Einbindung der queeren Community in die Stadtpolitik eingenommen. Doch in Anbetracht der immer angespannter werdenden Situation der queeren Community muss die Stadt handeln. Dafür bieten wir Ihnen nun mehr als nur eine Handlungsempfehlung, sondern Forderungen und dringliche Bitten, die für das existenzielle Bestehen der queeren Community und jeder einzelnen queeren Einwohner*in notwendig sind. Bei den Umsetzungen unterstützen wir Sie tatkräftig und freuen uns auf den anstehenden Austausch.

INHALTSVERZEICHNIS

01. Glossar	9
02. Förderung der Community	13
03. Vernetzung und Unterstützung	15
04. Bildung und Beratung	19
05. Verwaltung und Sicherheit	23
06. Gesundheit	27
07. Queer & Alter	29
08. Geschichte und Erinnerung	33
09. Sport und Kultur	35



01. GLOSSAR

AIDS/HIV

HIV steht für die englische Abkürzung „Human Immunodeficiency Virus“. Eine Infektion mit dem HI-Virus schädigt oder zerstört bestimmte Zellen der Immunabwehr und macht den Körper anfällig für Erkrankungen, die bei nicht infizierten Menschen in der Regel unproblematisch verlaufen. Unbehandelt kann eine HIV-Infektion zu AIDS und damit zum Tod führen. **AIDS** steht für „Acquired Immunodeficiency Syndrome“ und bedeutet „Erworbenes Immunschwächesyndrom“. Eine Ansteckung mit dem HI-Virus kann durch Safer Sex (Kondom oder Femindom, Schutz durch Therapie oder PrEP) und Safer Use (z. B. Nutzung eines eigenen Spritzbestecks) vermieden werden.

Agender

Menschen, die kein Geschlecht haben, sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen oder mit dem Konzept von Geschlecht nichts anfangen können. Agender ist somit kein nichtbinäres, weiteres Geschlecht, sondern die Geschlechtslosigkeit.

Bisexualität

Sexuelle/Romantische Orientierung von Menschen, die sich zu mehr als einem Geschlecht hingezogen fühlen.

Cis

„Cis“ wird benutzt, um auszudrücken, dass eine Person das Geschlecht hat, das ihr bei der Geburt aufgrund äußerer Geschlechtsmerkmale zugewiesen wurde.

Coming-Out

Das Coming-Out beschreibt den Prozess, in dem eine Person sich selbst über ihre Geschlechtsidentität und/oder sexuelle Orientierung bewusst wird (inneres Coming-Out) und beginnt, mit anderen darüber zu sprechen (äußeres Coming-Out).

CSD

Christopher-Street-Day. Fest-, Gedenk- und Demonstrationstag für die Rechte der LSBTQIA* Community sowie gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Der Name ist ein Verweis auf die bekannten Proteste der queeren Bewegung 1969 in der Christopher Street in New York.

DGTI

Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität. Bundesweite Fachgesellschaft, die sich für die Akzeptanz und Gleichstellung von trans-, intergeschlechtlichen, nichtbinären und agender Menschen einsetzt. Stellt den **Ergänzungsausweis** aus, auf dem die selbstgewählte Identität steht, anstatt die bei Geburt/von Behörden zugewiesene. Wird von vielen Behörden, Ämtern, Einrichtungen und Institutionen als Ausweispapier akzeptiert und anerkannt.

Gelesen

Mit dem Ausdruck „als weiblich/männlich/etc. gelesen“ beschreiben wir die oft binäre, erste Wahrnehmung zu der Geschlechtsidentität einer Person. Der Ausdruck wird verwendet, um falsche Geschlechtszuweisungen und Vorurteile zu reduzieren.

Geschlechtsidentität

Die Geschlechtsidentität eines Menschen bezeichnet, mit welchem Geschlecht oder welchen Geschlechtern sich ein Mensch selbst identifiziert. Die Geschlechtsidentität eines Menschen muss nicht mit dem Geschlecht übereinstimmen, das der Person bei der Geburt zugewiesen wurde.

Heterosexualität

Heterosexuelle Menschen fühlen sich sexuell zu Menschen des binär eigenen bzw. des binäre anderen Geschlechts hingezogen.

Homosexualität

Homosexuelle Menschen, fühlen sich zu Menschen des Geschlechts hingezogen, mit dem sie sich selbst auch identifizieren.

IFED

International Family Equality Day. Jährlicher Feier- und Demonstrationstag für die Rechte, die Sichtbarkeit und die Gleichstellung von Regenbogenfamilien.

Inter*

Inter* Menschen sind Menschen, deren körperliches Geschlecht (beispielsweise äußere odere innere Geschlechtsorgane oder die Chromosomen) nicht der medizinischen Norm von 'eindeutig' männlichen oder weiblichen Körpern zugeordnet werden kann, sondern sich in einem Spektrum dazwischen bewegt.

IDAHOBITA*

Der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans- und Afeindlichkeit wird als Aktionstag begangen, um durch Aktionen, mediale Aufmerksamkeit und Lobbying auf die Diskriminierung und Bestrafung von Menschen hinzuweisen, die in ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität von der Heteronormativität abweichen.

Lesbisch

Sexuelle/Romantische Orientierung von Menschen, die sich als Frauen identifizieren und sich zu Menschen, die sich als Frauen bzw. weiblich identifizieren, hingezogen fühlen.

LSBTQIA*

Diese Kombination von Buchstaben (die es auch in anderen Varianten gibt) versucht alle Identitäten im queeren Spektrum abzubilden. Als Inklusion weiterer Identitäten und Orientierungen dient am Ende das „*“.

Nicht-Binär

Menschen, die sich weder als ausschließlich männlich noch als ausschließlich weiblich identifizieren.

Pride Month

Jährlicher Gedenkmonat im Juni für die Rechte der queeren Community.

PrEP

Präexpositionspophylaxe. Vorsorgemedikamente vor einem möglichen HIV-Kontakt. Schützt HIV-negative Menschen vor einer Ansteckung.

Sexismus

Oberbegriff von unbewusster oder bewusster Diskriminierung anderer Menschen aufgrund ihres Geschlechts. In unserer patriarchalischen Gesellschaft betrifft dies besonders weibliche und nicht-binäre Menschen und jene, die so gelesen werden.

Sexuelle Orientierung

Die sexuelle Orientierung eines Menschen beschreibt, zu Menschen welchen Geschlechtsidentität(en) sich ein Mensch emotional, körperlich und/oder sexuell hingezogen fühlt

Schwul

Sexuelle/Romantische Orientierung von Menschen, die sich als Männer identifizieren und sich zu Menschen, die sich als Männer bzw. männlich identifizieren, hingezogen fühlen.

TDoV

International Transgender Day of Visibility (Transgendertag der Sichtbarkeit). Gedenk-, Feier- und Demonstrationstag, um trans* und nichtbinäre Menschen für ihre Kämpfe für Selbstbestimmtheit und Akzeptanz zu würdigen und um die Gesellschaft und Politik auf die systematische Diskriminierung von trans* und nichtbinären Menschen aufmerksam zu machen.

TDoR

Transgender Day of Remembrance (Tag der Erinnerung an die Opfer von Trans*feindlichkeit). Gedenktag, um an die Opfer von transphober Gewalt zu erinnern und um auf Transphobie aufmerksam zu machen.

Trans*

Menschen, die sich nicht mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde.



02. FÖRDERUNG DER COMMUNITY

In unserer cis-hetero-normativen Gesellschaft kommt es leider nach wie vor oft zu Ausschlüssen von queeren Menschen. Für queere Menschen ist es daher wichtig, sich regelmäßig mit Gleichgesinnten auszutauschen, zu vernetzen und voneinander zu lernen. Hierfür braucht es in Karlsruhe zentrale Anlaufstellen, die bei der Suche nach Vernetzung, Hilfe und Repräsentation unterstützen und diesen Menschen ein Zuhause bieten. Für Jugendliche und junge Erwachsene gibt es in Karlsruhe bereits eine etablierte Anlaufstelle, die für die queere Community einen großen Mehrwert bietet. Ein vergleichbares Zentrum für Menschen aller Altersgruppen gibt es in Karlsruhe jedoch nicht. Städte wie Mannheim, Heidelberg, Stuttgart oder die Partnerstadt Nancy gehen bei der Gründung und Förderung eines solchen Zentrums mit gutem Beispiel voran.

Deswegen fordern wir:

1. Förderung eines queeren Zentrums in Karlsruhe

Für ein inklusives und umfassendes Angebot für queere Menschen ist eine enge Einbindung der Community wichtig. Diese umfangreiche und schwierige Arbeit ist mit einem rein ehrenamtlichen Engagement jedoch nicht möglich. Daher muss in Karlsruhe eine Initiative zur Erschaffung eines queeren Zentrums auch durch die Stadt Karlsruhe finanziell und durch hauptamtliche Stellen gefördert werden. Ein queeres Zentrum bietet eine zentrale Anlaufstelle, bündelt Hilfs- und Beratungsangebote, insbesondere auch Schutzräume (Safe Spaces) für queere Geflüchtete, unterstützt sowohl bei der Repräsentation als auch politischen Willensbildung und fördert die Vernetzung innerhalb der Community. Hierfür werden selbstverwaltete Räumlichkeiten benötigt, die auch anderen queeren Vereinen, Organisationen, Selbsthilfegruppen oder Beratungsangeboten für ihre Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden können. Diese Räumlichkeiten müssen durch die Stadt direkt zur Verfügung gestellt oder über eine institutionelle Förderung ermöglicht werden. Der Verein queerKastle e.V. hat sich die Gründung solch eines Zentrums zur Aufgabe gesetzt und sollte daher bei der Förderung besonders beachtet werden.



Betrifft

Gemeinderat + Fraktionen; Kulturausschuss oder Sozialausschuss; queerKastle



Kosten

Kosten für Räumlichkeiten; finanzielle Förderungen und hauptamtliche Stellen

2. Förderung des Christopher Street Days (CSD) in Karlsruhe

Diskriminierung und Mobbing von queeren Menschen in der Gesellschaft ist allgegenwärtig: z. B. auf dem Schulhof, am Arbeitsplatz & bei der Wohnungssuche. Der jährliche CSD schafft Sichtbarkeit für queere Menschen und macht denen Mut, die ihr Leben selbstbestimmt und in Freiheit leben möchten. Er informiert außerdem über die rechtliche und gesellschaftliche Situation queerer Menschen nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit und macht auf Missstände aufmerksam. Die Organisation des CSDs erfolgt bisher durch eine sehr überschaubare Zahl von ehrenamtlichen Helfer*innen. Die finanzielle Förderung der Veranstaltung durch die Stadt ist gegenwärtig zwar konstant, bleibt jedoch deutlich hinter der Förderung in anderen vergleichbaren Städten zurück. Außerdem zahlt der CSD bisher für Sachleistungen an städtische Unternehmen nicht unerhebliche Beträge, etwa für Reinigung, Bereitstellung von Strom oder für Werbeflächen.

Die Durchführung des CSD Karlsruhe muss in Karlsruhe auf Dauer sichergestellt werden. Dafür ist langfristig eine bessere finanzielle Förderung der Veranstaltung notwendig. Aber auch die Verringerung von Kosten für Sachleistungen kann hierfür hilfreich sein.



Betrifft

CSD Karlsruhe; Stadtverwaltung



Kosten

Kosten für Sachleistungen; finanzielle Förderungen

03. VERNETZUNG UND UNTERSTÜTZUNG

Sichtbarkeit und Repräsentation sind Grundlage für die politische Teilhabe aller Einwohner*innen in Karlsruhe, insbesondere der queeren Community. Um diese zu gewährleisten, sind Vernetzung und Unterstützung sowohl innerhalb der Community als auch mit der Stadt(-verwaltung) essenziell. Darin sehen wir auf beiden Seiten nicht nur eine Verantwortung, sondern vor allem Möglichkeiten, unsere Stadt in all ihrer Vielfalt mitzugestalten. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muss die Stadtverwaltung nicht nur in Kontakt mit der queeren Community stehen. Auch der aktive Austausch muss gestärkt und ausgebaut werden.

Deswegen fordern wir:

1. Einrichtung eines städtischen „Diversitätsbeirats“

Als unabhängiges, städtisches Gremium fungiert der Diversitätsbeirat als Anlaufstelle aller diversitätsbezogenen Themen. Sein Ziel ist der Abbau von Hürden und Barrieren gegenüber Menschen in der Stadt, die von Rassismus, Klassismus, hetero/cis-Sexismus und/oder von körperlich/psychischer Beeinträchtigung betroffen sind. Dazu weist der Beirat die städtische Verwaltung auf strukturelle Diskriminierung hin, berät sie in ihren Entscheidungen und veröffentlicht einen Jahresbericht zur Sachlage. Um die Aktivitäten des Diversitätsbeirates für Einwohner*innen sichtbarer zu machen, soll der Jahresbericht auf dem Transparenzportal (transparenz.karlsruhe.de) veröffentlicht werden. Im Diversitätsrat sollen der Beirat von queerKastle e. V. und Vertreter*innen der Stadtverwaltung bei der Vergabe der stimmberechtigten Plätzen bevorzugt werden. Außerdem soll der Diversitätsbeirat Anhörungsrecht im Gemeinderat erhalten.



Betrifft

Stadtverwaltung; Gemeinderat



Kosten

Der Beirat agiert ehrenamtlich

2. Regelmäßiger Austausch zwischen Stadt und Community

Um sich der Interessen der queeren Community bewusst zu werden, ist ein regelmäßiger Austausch der Stadt(-verwaltung) mit der queeren Community, insbesondere dem Beirat von queerKastle, sinnvoll und notwendig. Der Beirat von queerKastle versteht sich als Zusammenkunft queerer Vereinigungen und vertritt somit die Interessen eines Großteils der queeren Community in Karlsruhe. Darüber hinaus ist ein regelmäßiger Austausch mit nicht repräsentierten Vereinigungen im Beirat wünschenswert.



Betrifft

Stadtverwaltung; Gleichstellungsbeauftragte der Stadt

3. Regelmäßige Vernetzung mit queeren Gruppen aus Partnerstädten und Einfluss auf queerfreundliche bzw. queerfeindliche Partnerstädte

Um die Vorbildfunktion der Stadt Karlsruhe auszubauen und um sich über die Sachlage in den Partnerstädten bewusst zu werden, fordern wir eine regelmäßige Vernetzung mit queeren Gruppen aus den Partnerstädten. Die Stadt fungiert dabei als Gastgeberin und Veranstalterin. Ziel ist es, bei den Partnerstädten auf kommunaler Ebene Queerfreundlichkeit bzw. Queerfeindlichkeit zum Thema zu machen und darauf Einfluss zu nehmen sofern möglich. Darüber hinaus halten wir einen intensiven Austausch mit Nancy für sinnvoll, wo schon ein queeres Zentrum existiert. Ferner muss die Stadt ein Willkommensangebot aussprechen für queere Menschen aus Partnerstädten.



Betrifft

Stadtverwaltung; Gemeinderat; Bürgermeister*innen



Kosten

Kosten für Einladungen; Räumlichkeiten

4. Beflaggung öffentlicher Gebäude an queeren Tagen

Um ein Zeichen zu setzen und als queerpolitisches Vorbild für andere Städte voranzugehen, fordern wir die Beflaggung öffentlicher Gebäude zu queerpolitisch wichtigen Jahrestagen. Dazu zählen die Tage, die sich mit der Sichtbarkeit queerer Menschen auseinandersetzen (TDoV, Lesbian Visibility Day, Tag der Bisexualität), aber auch andere queere Jahrestage wie der IDaHOBITA*, Pride Month, TDoR, IFED, ... Darüber hinaus soll die Stadt(-verwaltung) auch die in Karlsruhe ansässigen Bundes- und Landeseinrichtungen auffordern, ihre Gebäude in der Stadt zu beflaggen.



Betrifft

Stadtverwaltung und dazugehörige Ämter



Kosten

Beschaffung der Flaggen

5. Beitritt zum "Rainbow Cities Network"

Karlsruhe muss sich als queerfreundliche Stadt international sichtbarer machen. Ein ideales Mittel ist der Beitritt zum "Rainbow Cities Network" (rainbowcities.com), einer Plattform für den internationalen Austausch zwischen Kommunen. Das Netzwerk fördert die Zusammenarbeit und das Teilen von Best Practices. Dazu muss Karlsruhe Städten wie Heidelberg, Mannheim und Frankfurt folgen und mit Beitritt zu diesem Netzwerk ein starkes Commitment zur Einbindung unserer Community für Bewohner*innen und Besuchende unserer Stadt zeigen.



Betrifft

Stadtverwaltung und dazugehörige Ämter



Kosten

1.000 € Mitgliedsbeitrag pro Jahr



04. BILDUNG UND BERATUNG

Queere Bildungsarbeit setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der queere Lebensweisen gleichberechtigt gelebt werden können und uneingeschränkte Akzeptanz finden.

Zentrale Aufgabe queerer Bildungsarbeit ist die Begegnung und die Sichtbarmachung von queeren Lebensweisen, Aufdecken von Diskriminierungsebenen sowie die Sensibilisierung für soziale Ungleichheiten im Kontext von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung.

Überall dort, wo Menschen aus den unterschiedlichen Lebenswelten zusammentreffen, besteht ein hohes Diskriminierungsrisiko. In Schulen und anderen Ausbildungsstätten sowie in Betrieben jeglicher Art muss daher Aufklärungsarbeit über queere Lebensweisen geleistet werden.

Deswegen fordern wir:

1. Ausbau von queeren Bildungsangeboten in allgemeinbildenden Schulen, Berufs- und Hochschulen

Queere Bildungsangebote für Schulen in Karlsruhe und Umgebung, die sich mit den Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, sexuelle Aufklärung sowie Akzeptanz gegenüber queeren Lebensweisen auseinandersetzen, müssen weiter ausgebaut werden. Die Angebote müssen in den Schulen bekannt sein und es sollte Anreize geben, diese Workshops zu buchen. Ergänzend dazu muss auch den Karlsruher Studierenden das Bildungsangebot zugänglich gemacht werden. Schon existierende Angebote, wie die von ZeSIA (ehemals AIDS-Hilfe Karlsruhe e. V.) und queerKastle müssen (weiterhin) aktiv finanziell gefördert werden. Ebenso soll das Bücherkofferangebot für Grundschulen (und Kitas) von ILSE Karlsruhe in Kooperation mit der Stadt weiterhin gefördert werden.



Betrifft

Schulen in Karlsruhe und Umgebung; Anbieter von queeren Bildungsangeboten



Kosten

Kosten für den Erhalt existierende Bildungsangebote sowie für Unterstützung (finanziell und strategisch) neuer Angebote

2. Die Sensibilisierung der Mitarbeitenden an Bildungseinrichtungen für queere Themen

Für Kinder und Jugendliche ist die Schule ein sehr prägendes soziales Umfeld. Daher ist besonders dort ein sensibler Umgang auch mit queeren Themen wichtig. Neben der Aufklärung der Schüler*innen braucht es eine Sensibilisierung aller städtischen Mitarbeitenden in Bildungseinrichtungen. Dazu zählen Hausmeister*innen, Sekretär*innen, Erzieher*innen in Horten, Ganztageschulen und ergänzender Betreuung sowie Küchenkräfte in Mensen. Neben der allgemeinen Aufklärung über Begrifflichkeiten und der Vermittlung einer vorurteils- und diversitätsbewussten Haltung müssen der Umgang mit queerfeindlichem Mobbing und inklusive Ansprache von Schüler*innen zentrale Themen sein. Zudem fordern wir die Verwaltung auf, trans* Schüler*innen ohne Personenstandsänderung mit selbstgewähltem Namen und Pronomen anzusprechen. Darüber hinaus fordern wir die Stadt auf, sich auf Landesebene dafür stark zu machen, diese Sensibilisierung für alle landesangestellten Mitarbeitenden auszuweiten.

Ebenso müssen alle Formulare in der Schullandschaft (Schulen, Schul- und Sportamt) verpflichtend so gestaltet werden, dass sie auch von Regenbogenfamilien korrekt ausgefüllt werden können. Die Begriffe Vater und Mutter können dabei durch „Sorgeberechtigte Person 1 und 2“ ersetzt werden.



Betrifft

Schulen in Karlsruhe und Umgebung



Kosten

Kosten für die Schulungen von Schulverwaltung, aller in Bildungseinrichtungen tätigen städtischen Angestellten (besonders Schulsozialarbeiter*innen) und Lehrkräften

3. Förderung von Angeboten für queere Menschen über 27 Jahren

Junge Menschen bis 27 Jahre haben im Bereich offener Treff und Beratung mit dem La ViE und/oder queerbeet zwei sehr gute Anlaufstellen. Ähnliche Angebote, die sich an Einwohner*innen über 27 Jahren oder an Einwohner*innen richten, die nicht studieren, gibt es in Karlsruhe nur sehr vereinzelt und sind schwer erreichbar. Deswegen ist der Aus- und Aufbau in diesem Bereich ein zentraler Punkt dieses Forderungskatalogs. Beratungsangebote zu trans, Umgang mit Queerfeindlichkeit (sowohl im privaten Umfeld als auch im beruflichen Kontext oder Gesundheitswesen), Outing im Alter, Selbstfindung und Beratung für Eltern intergeschlechtlicher Kinder sind hierbei zu nennen. Auf schon existierende Beratungsangebote von ProFamilia, ZeSIA, Ehe- und Familienberatung etc. muss aufmerksam gemacht werden und der Aufbau neuer Beratungsangebote muss aktiv gefördert und unterstützt werden. Angebote im Bereich Freizeit und /oder Selbsthilfe, wie z.B. die queere Coming-Out-Gruppe von QBeKA, müssen weiterhin erhalten bleiben und gefördert werden.

**Betrifft**

Queere Menschen über 27 Jahren; junge Erwachsene, die nicht studieren

**Kosten**

Kosten für den Erhalt existierender Angebote sowie für Unterstützung und Förderung für den Aufbau neuer Angebote

4. Förderung von Beratungsangeboten für Regenbogenfamilien

Die Beratung von Regenbogenfamilien und queeren Paaren mit Kinderwunsch erfolgt in Karlsruhe aktuell zu einem großen Teil ehrenamtlich und Peer-to-Peer durch die ILSE (Initiative Regenbogenfamilien) des Lesben- und Schwulenverbandes Baden-Württemberg e. V. Beratungsangebote von allgemeinen Coachingpraxen und Familienberatungsstellen, die Regenbogenfamilien „mitmeinen“ reichen nicht aus, um die spezifischen Bedarfe von Regenbogenfamilien oder queeren Paaren mit Kinderwunsch abzudecken und gleichzeitig einen Safe Space zu bieten. Sie sind darüber hinaus nicht immer für alle queeren Menschen finanziell zugänglich. In Stuttgart gibt es die landesweit einzige Beratungsstelle für Regenbogenfamilien (BerTA), die nicht alle landesweiten Anfragen bedienen kann. Deshalb braucht es auch in Karlsruhe eine explizite, fundiert ausgebildete und allen queeren Eltern und queeren Personen mit Kinderwunsch zugängliche Beratungsstelle.

**Betrifft**

Regenbogenfamilien und queere Personen mit Kinderwunsch

**Kosten**

Beratungsstelle für Regenbogenfamilien (100% Fachkraftstelle; Räumlichkeiten)

5. Förderung von Beratungsangeboten für Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen

Viele queere Arbeitnehmer*innen trauen sich nicht, sich in ihrer Arbeitsumgebung zu outen – sei es im direkten Kollegium oder vor ihren Vorgesetzten. Arbeitgeber*innen und Führungskräfte müssen deswegen geschult und sensibilisiert werden, dass queere Menschen unter ihrer Verantwortung stehen und besonderen Schutz benötigen. Zudem müssen auch Arbeitnehmer*innen darin geschult werden, für ihre queeren Kolleg*innen ein Arbeitsklima zu schaffen, in dem sie sich wohl genug fühlen, um sich zu outen. Der Abbau von Stigmata und Diskriminierung ist dabei besonders wichtig. Die Stadt muss Anreize schaffen, dass Arbeitgeber*innen solche Angebote in Anspruch nehmen, um sich und die Arbeitnehmer*innen ausreichend fortzubilden. Weitere Anreize sollten geschaffen werden, um die Implementierung von z. B. Queerbeauftragten oder queeren Firmennetzwerken voranzutreiben.

**Betrifft**

Stadtverwaltung

**Kosten**

Beratungsstelle für Arbeitgeber*innen zu queeren Belangen; Schulungsangebot

6. Schulungsangebote für Dolmetschenden-Pool hinsichtlich queerer Themen und Sprache

Queere Geflüchtete haben besondere Bedürfnisse. Aufgrund ihrer möglichen politischen und gesellschaftlichen Verfolgung in ihren Herkunftsländern, müssen sie mit besonderer Sensibilität betreut werden. Ein tiefgründiges empathisches Verständnis mit Kenntnissen von queeren Themen und die Fähigkeit, darüber angebracht zu sprechen, ist eine Grundvoraussetzung von Dolmetschenden, die mit queeren Geflüchteten arbeiten. Deswegen fordern wir die Schulung und Sensibilisierung des Dolmetschenden-Pools in Karlsruhe.



Betrifft

Dolmetschende



Kosten

Schulungsangebote

05. VERWALTUNG UND SICHERHEIT

Die Stadtverwaltung ist einer der Bereiche des öffentlichen Lebens mit dem jede*r Einwohner*in in Kontakt kommt. Auch dort kommt es immer wieder zu Queerfeindlichkeit, sei es im Kontakt mit Verwaltungsangestellten oder mit der Polizei. Queerfeindlichkeit in der Gesellschaft steigt ebenfalls weiter rapide an. Deswegen muss die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen, um Diskriminierung zu beenden. Vor allem im Kontakt mit den Einwohner*innen gibt es viel zu tun. Aber auch die Polizei muss handeln. Queerfeindlichkeit innerhalb der Behörden darf nicht toleriert oder verschwiegen werden. Alle Bereiche der Verwaltung und der Polizei müssen deshalb dringend aktiv geschult und sensibilisiert werden.

Deswegen fordern wir:

1. Verpflichtende Schulungen für Mitarbeitenden in der kommunalen Verwaltung

Eine queerfreundliche Verwaltung ist nicht selbstverständlich. Die Mitarbeitenden müssen in den Belangen der queeren Community geschult werden, damit sie nicht selbst Diskriminierung reproduzieren. Zum Beispiel: Was heißt trans? Was ist ein Ergänzungsausweis? Was ist zu tun, wenn Aussehen und Ausweis nicht zusammenpassen? Wie reagiere ich, wenn ich zwei gleichgeschlechtliche Elternteile vor mir habe? All diese und viele weitere Fragen müssen die Mitarbeitenden verpflichtend vermittelt bekommen.



Betrifft

Kommunale Verwaltungsangestellte



Kosten

Kosten für Fort- und Weiterbildungen

2. Überprüfung aller Formulare in der kommunalen Verwaltung hinsichtlich geschlechtersensibler Sprache

Viele Formulare der kommunalen Verwaltung sind bis heute nicht geschlechtersensibel formuliert. Es gibt keine Beachtung von gleichgeschlechtlichen Eltern und diversen Geschlechtsrealitäten. Alle Formulare, die bereits existieren, sowie alle zukünftigen Formulare müssen auf geschlechtersensible Sprache geprüft und angepasst werden. Auch muss sich die Verwaltung damit auseinandersetzen, inwieweit sie im Rahmen der Gesetze den DGTI-Ergänzungsausweis anerkennen kann.



Betrifft

Kommunale Verwaltung



Kosten

Verwaltungskosten für Anpassung der Formulare

3. Anerkennung des DGTI-Ergänzungsausweis

Bis zur Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes muss die Stadtverwaltung prüfen, wann und wo sie im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten den DGTI-Ergänzungsausweis anerkennen kann.



Betrifft

Kommunale Verwaltung; Ämter und Behörden



Kosten

–

4. Verpflichtende Schulungen für städtische Sicherheitskräfte

Alle Sicherheitskräfte der Stadt und die der Stadt unterstellten Polizeibeamt*innen müssen zu queeren Belangen geschult werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Beamt*innen bei Polizeikontrollen nicht queerfeindlich agieren sowie, wie vom Bundesinnenministerium angeordnet, den DGTI-Ergänzungsausweis erlauben und kennen. Außerdem müssen sie in der Lage sein, queerfeindliche Gewalt zu erkennen und auch so benennen zu können. Hasskriminalität muss als solche erkannt werden. Sie darf nicht belächelt werden und ihre Anzeige darf nicht aktiv verhindert werden. Auch dürfen keine Schuldzuweisungen gegenüber Opfern queerfeindlicher Taten erfolgen.

Darüber hinaus muss die Stadt sich auf Landesebene dafür stark machen, dass die Polizei geschult und queerfeindliche Vorfälle in Zusammenhang mit der Polizei kritisch aufgearbeitet werden.



Betrifft

Polizeibehörde; städtische Sicherheitskräfte; Stadtverwaltung



Kosten

Schulungen für Sicherheitskräfte

5. Unabhängige Ansprechperson für queerfeindliche Gewalt

Die Stadt Karlsruhe muss eine unabhängige Ansprechperson für queerfeindliche Gewalt einrichten und ernennen. Insbesondere muss diese Person in der Lage sein, Betroffenen von Gewalt zu beraten, zu helfen, an die richtigen Organisationen und Behörden zu vermitteln und in den darauffolgenden Schritten zu begleiten.



Betrifft

Stadtverwaltung; Gleichstellungsbeauftragte; Jugend- und Sozialbehörde



Kosten

Stelle in der Jugend- und Sozialbehörde

6. Sensibilisierung von Frauenschutzzräumen für trans* Frauen

Die Stadt Karlsruhe muss dafür sorgen, dass die Frauenschutzzräume der Stadt für trans* Frauen sensibilisiert werden. Darunter zählt zum Beispiel die Aufklärung über die besonderen Schutzbedürfnisse, die trans* Frauen von cis Frauen unterscheidet.



Betrifft

Verwaltung und Frauenschutzzräume



Kosten

Schulungen

7. Vergabe von kommunalen Ausschreibungen nach queeren Aspekten überprüfen

Bei der Vergabe von kommunalen Ausschreibungen muss die Stadtverwaltung auf queere Aspekte achten und diese prüfen. Unternehmen, die in der Vergangenheit queerfeindlich aufgefallen sind, sollen bei der Entscheidung, wem ein Auftrag gegeben wird, nicht berücksichtigt werden, ähnlich wie es bereits bei Rassismus und Inklusion der Fall ist.



Betrifft

Stadtverwaltung



Kosten

–

8. Schulungen für Mitarbeitende in Obdachlosenunterkünften

Die Stadtverwaltung muss, soweit es möglich ist, die Mitarbeitenden in Obdachlosenunterkünften zu queeren Belangen fortbilden. Queere Menschen sind statistisch überproportional von Armut und Obdachlosigkeit betroffen und benötigen besonderen Schutz.



Betrifft

Verwaltung und Obdachlosenunterkünfte



Kosten

Schulungen

9. Schulung und Sensibilisierung von Stellen und Behörden, die mit Geflüchteten in Kontakt stehen, hinsichtlich queerer Belange

Queere Geflüchtete müssen aufgrund ihrer politischen Verfolgung unter besonderem Schutz stehen. Städtische Behörden sind oft die erste Anlauf- und Kontaktstelle von Geflüchteten. Deswegen müssen diese Stellen für die gesonderten Bedürfnisse von Geflüchteten geschult und sensibilisiert werden. Insbesondere müssen die Behörden in der Lage sein, queere Geflüchtete ausreichend über ihre Beratungsmöglichkeiten zu aufzuklären und sie auf die von der Stadt geförderten Schutzzräume aufmerksam zu machen.



Betrifft

Städtische Behörden und Verwaltung



Kosten

Schulungen

06. GESUNDHEIT

„Die historische und bis in die Gegenwart anhaltende Stigmatisierung und (Psycho-) Pathologisierung von LSBTQIA* hat nachhaltige psychosoziale Folgen für die Betroffenen. Dies gilt insbesondere auch für Menschen mit HIV, die nach wie vor einer erheblichen Diskriminierung und Stigmatisierung ausgesetzt sind. Daher soll bei der gesundheitlichen Versorgung auf die tatsächlichen gesundheitlichen Bedürfnisse von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie anderen queeren Menschen eingegangen und deren Selbstbestimmung geachtet werden.“

» www.gruene-bundestag.de/themen/queer/aktionsplan-queer-leben-aktiv-gegen-diskriminierung

Trans* und inter* Personen erfahren besonders häufig Diskriminierung in der Gesundheitsversorgung durch Nichtberücksichtigung ihrer Lebenssituation. Einer Studie - durchgeführt im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes - ist zu entnehmen, dass das Personal im Gesundheitswesen ihre geschlechtliche Identität nicht anerkenne. Zudem werden gynäkologische sowie urologische Untersuchungen, die aufgrund der Anatomie erforderlich sind, verwehrt (Beigang et al. 2017, Seite 233). Mangelndes Fachwissen zu spezifischen Trans-Gesundheitsthemen sowie Vorurteile können ferner die Inanspruchnahme und Qualität der Gesundheitsversorgung beeinträchtigen (Batz et al. 2020; Pöge et al. 2020).

Unsicherheiten und mangelndes Wissen seitens des medizinischen Personals führen zu Diskriminierung und negativen Erfahrungen von queeren Menschen im Gesundheitswesen. Dies hat zur Folge, dass die Betroffenen präventive, aber auch dringendere Untersuchungen nicht wahrnehmen.

Deswegen fordern wir:

1. Bedarfsgerechte Versorgung von PrEP-Medikamenten und HIV-Tests

Der Zugang zu PrEP (Präexpositionsprophylaxe = Schutz durch Medikamente vor einer HIV-Infektion) ist in Karlsruhe sehr schwierig. Aktuell gibt es eine Praxis, die PrEP verordnet und die entsprechenden Untersuchungen durchführt. ZeSIA hat seit Dezember 2022 den PrEP-Check im Angebot. Menschen können dort einmal im Monat die begleitenden Untersuchungen auf eigene Kosten durchführen lassen. Für die Medikamente brauchen sie Ärzt*innen, die ein Privatrezept ausstellen.

Diese Angebote reichen nicht aus bzw. sind zu teuer, um den Bedarf zu decken. Aus diesem Grund weicht ein Großteil der queeren Menschen in Karlsruhe, die Interesse an der PrEP haben, auf Städte wie Stuttgart, Freiburg und Mannheim aus. Das Angebot von ZeSIA muss ausgebaut werden und weitere Arztpraxen müssen dafür unterstützt werden. Darunter zählt, die Sensibilität zu schärfen und die Ärzt*innen

aufzuklären, aber auch den Prozess zu vereinfachen, damit Praxen sich dafür entscheiden, PrEP auszustellen. Auch Anreize von Seiten der Stadt für den aktiven Ausbau der Versorgung müssen geschaffen werden.

**Betrifft**

Kommunale Gesundheitsförderung

**Kosten**

Finanzielle Unterstützung für Beratungs- und Gesundheitsangebote; Anreize und Unterstützungen für Praxen

2. Fortbildungsangebote für medizinische Fachkräfte bzw. Pflegepersonal

Zur Verminderung von Diskriminierung im Gesundheitswesen müssen Bildungsangebote geschaffen und ausgebaut werden, um die dort tätigen Menschen zu schulen und zu sensibilisieren. Die Schulungen müssen die Akzeptanz von queeren Lebensweisen fördern und ganz konkrete Handlungsempfehlungen geben.

Der Auf- und Ausbau von Fortbildungsangeboten muss unterstützt und gefördert werden. Mitarbeitende im Städtischen Klinikum und in Pflegeheimen in städtischer Trägerschaft müssen verpflichtend an diesen Fortbildungen teilnehmen. Eine Implementierung in die Ausbildung ist zwingend notwendig. Für angehendes Führungspersonal sollte eine vertiefende Schulung zu queeren Lebensrealitäten und geschlechtlicher Vielfalt verpflichtend sein, um als Führungsperson in Betracht gezogen zu werden.

Andere Kliniken, Arztpraxen und Pflegeheime bzw. Pflegedienste müssen über die Angebote informiert werden.

**Betrifft**

Städtisches Klinikum und Pflegeheime; kommunale Gesundheitsförderung

**Kosten**

–

07. QUEER & ALTER

Wie wollen wir unser Leben gestalten, wenn wir alt sind? Wie leben wir selbstbestimmt und im Schutz der Gemeinschaft, diskriminierungsfrei und solidarisch, wenn wir einer sexuellen, geschlechtlichen oder weiteren Minderheit angehören?

Queere Menschen wollen in jedem Alter sichtbar und gleichberechtigt sein. Sie wollen sich und ihren Lebensstil nicht immer „erklären“ oder sogar rechtfertigen müssen. Heterosexualität wird immer als gegeben angenommen. Es ist dringend an der Zeit, dass sich Angebotsstrukturen der Altenhilfe öffnen, insbesondere hinsichtlich der jahrzehntelangen Ausgrenzungserfahrung nicht heterosexueller Menschen. Es gibt viele, die in ihrem Leben Erfahrung von Ablehnung, Ausgrenzung, Diskriminierung, Denunziation und teilweise auch Gewalt und Strafverfolgung aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität erfahren haben. Damit muss Schluss sein! Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie andere queere Menschen haben ein Recht darauf, frei, sicher und selbstbestimmt an der Gesellschaft teilhaben zu können, ganz besonders im Alter, wenn sie zunehmend schutz- und hilfebedürftig werden.

Etwa eine Million Menschen der über-65-jährigen Deutschen definieren sich als Lesbisch, Schwul, Bisexuelle, trans*, inter*, asexuell, aromantisch, agender, pansexuell oder queer. Allerdings ist die Sensibilität für die Zielgruppe in der Altenhilfe noch nicht so vorhanden, wie es wünschenswert wäre. Spezifischere Angebote gibt es dank Initiativen und Verbänden vor allem in Metropolregionen, fehlen aber flächendeckend.

Einrichtungen der herkömmlichen Seniorenhilfe und -pflege sind weitestgehend nicht auf die Gruppen der LSBTQIA* vorbereitet. Aus diesem Grund führte bereits der AWO-Bundesverband (Arbeiterwohlfahrt e.V.) bis Ende 2020 ein Modellprojekt durch, um Einrichtungen ihrer Altenhilfe mehr für die LSBTQIA*-Zielgruppe zu öffnen. Mittlerweile gibt es immer mehr Einrichtungen, die diesem Projekt folgen (z. B. Heidelberg)

Um den Alltag und die rechtliche Stellung von queeren Menschen zu verbessern, hat das Kabinett November 2022 den Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt beschlossen. Dieser Aktionsplan beinhaltet u. a. auch die Forderung nach vermehrten Angeboten für queere Menschen.

Deswegen fordern wir:

1. Bessere Abstimmung von Bildungs- und Beratungsangeboten für die Belange Älterer

Das Bildungs- und Beratungsangebot muss besser auf die Bedürfnisse und Lebensweisen von queeren älteren Menschen abgestimmt werden. Dies betrifft z. B. Bereiche wie Freizeitgestaltung, Leben im Quartier, Vernetzung und ehrenamtliches Engagement.



Betrifft

Anbieter*innen von Bildungs- und Beratungsangeboten



Kosten

Schulungen

2. Ausbau von Wohnungsprogrammen für queere ältere Menschen

Der Anteil alleinlebender Menschen in der queeren Community ist besonders hoch. Viele haben keine Familie, die sie unterstützt. Deshalb muss sozialer Isolation im Alter und ihren möglichen Folgen von psychischen und physischen Erkrankungen vorgebeugt werden. Daher soll die Stadt Karlsruhe Wohnprogramme fördern und unterstützen, die ein diskriminierungsfreies, solidarisches Leben im Alter ermöglichen. Städte wie Berlin oder Heidelberg können hier als Vorbild fungieren. Ein anderes Beispiel wäre die Stadt Mainz mit dem Wohnprojekt "Queer im Quartier". Im Februar 2020 erfolgte mit der finanziellen Unterstützung durch das Land Rheinland-Pfalz die Umsetzung des Wohnprojektes. Auf der Basis von Akzeptanz und Unterschiedlichkeit, Solidarität und gegenseitiger Hilfe leben seitdem Vereinsmitglieder gemeinschaftlich in einer verbindlichen Nachbarschaft.



Betrifft

Gemeinderat



Kosten

Kosten für Wohnprojekte

3. Queere Belange bei den „Karlsruher Hausbesuchen“ aufnehmen

Im Projekt "Karlsruher Hausbesuche" sollen auch die Bedürfnisse von queeren älteren Menschen ein Thema sein. Hierfür ist eine Sensibilisierung aller Mitarbeitenden, die diese Hausbesuche durchführen, nötig. Darüber hinaus müssen die Mitarbeitenden des Pflegestützpunkts in gleichem Maße sensibilisiert und geschult werden, da diese die beratende Hauptarbeit zum Thema Pflege in Karlsruhe betreiben.



Betrifft

Organisation der "Karlsruher Hausbesuche"; Seniorenbüro; Pflegestützpunkt



Kosten

Schulungen

4. Sensibilisierung der stationären und ambulanten Altenpflege für queere Belange

Wir fordern, dass queere Menschen in der Pflege willkommen sind und mit Ihnen wertschätzend und respektvoll umgegangen wird. Hierzu haben Pflegedienste und Altenheime seit längerem die Möglichkeit ein Qualifizierungsprogramm zu durchlaufen und eine Zertifizierung z. B. über den Regenbogenschlüssel oder Diversity Check Compact zu erlangen. LSBTQIA* haben oft großes Misstrauen gegenüber heteronormativen Institutionen, wie Pflegeheimen. Die Etablierung von LSBTQIA* freundlichen Strukturen in der Altenhilfe und deren Sichtbarkeit nach außen baut Ängste und Bedenken ab und fördert das Vertrauen der queeren Patient*innen in die Institution.



Betrifft

Pflegedienste und Altenheime



Kosten

Kosten für Qualifizierungsprogramme (für öffentlich geförderte Einrichtungen ist diese Zertifizierung kostenfrei)



08. GESCHICHTE UND ERINNERUNG

Eine allumfassende Erinnerungskultur ist eine wesentliche Grundlage für jede Gesellschaft. Dazu gehören auch queere Geschichte und queere Persönlichkeiten. Wie schon Oberbürgermeister Frank Mentrup bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2023 sagte, ist es Aufgabe der Stadt, auch queeres Leben in Karlsruhe sichtbar zu machen und queeren Menschen Mut zu machen, sichtbar zu sein. Um das zu erreichen, muss die Stadt aktiv die Aufarbeitung und Sichtbarmachung queerer Geschichte im Sinne eines inklusiven Gedenkens an alle queeren Opfer und Überlebenden vorantreiben und unterstützen. Die lokalgeschichtliche Aufarbeitung kann dabei exemplarisch Kontinuitäten und Brüche der Demokratieggeschichte sichtbar machen. Von den Aufbrüchen in der Weimarer Republik über Repression und Verfolgung im Nationalsozialismus und den 50er und 60er Jahren bis zu den Emanzipationsbewegungen von Schwulen und Lesben im Zuge von 68er-Bewegung und Neuer Frauenbewegung.

Deswegen fordern wir:

1. Spezifische Forschungsaufträge zur queeren Geschichte in Karlsruhe

Die queere Geschichte in Karlsruhe wurde bislang hauptsächlich ehrenamtlich erforscht oder im Rahmen größerer Forschungsarbeiten mitbetrachtet. Wir fordern die Vergabe und Förderung lokaler Forschungsaufträge unter Berücksichtigung bereits (ehrenamtlich) geleisteter Arbeiten. Die Forschung soll allen queeren Opfern des Nationalsozialismus unter einer intersektionalen und queer-feministischen Perspektive gerecht werden, die über den § 175 hinausgeht. Das Stadtarchiv muss die zentrale Sammel- und Anlaufstelle für Recherchen sein. Die Erschließung und Ergänzung bereits vorhandener Bestände der Sammlungen (z. B. Material der Ausstellung BEWEGT EUCH! 1968 und die Folgen in Karlsruhe) bieten hier einen Anknüpfungspunkt. Digitale Karten können ergänzt und mit bereits existierenden verknüpft werden (z. B. Bewegungskarte der Neuen Frauenbewegung von Bildungszentrum und Archiv zur Frauengeschichte Baden-Württemberg baf e. V., Internetprojekt „Der Liebe wegen“.

» www.baf-tuebingen.de/bewegungskarte

» <https://der-liebe-wegen.org>



Betrifft

Stadtarchiv & Historische Museen; Stadtgeschichte digital; Kooperationspartner Land BW z. B. baf e. V.



Kosten

Projektbezogene Mittel; Werkverträge

2. Sichtbarmachung queerer Geschichte und Persönlichkeiten

Ergebnisse queerer Geschichtsforschung müssen ins Stadtarchiv aufgenommen werden. Queere Geschichte muss in Chroniken, städtischen Museen und Erinnerungsstätten sichtbar werden. Die Stadt soll Stadtführungen mit queerem Fokus fördern. Existierende ehrenamtliche Initiativen, wie z. B. die Queere Geschichtswerkstatt Karlsruhe, müssen dabei mit einbezogen werden. Zur Förderung der öffentlichen Sichtbarkeit sollen weitere Stolpersteine verlegt werden und Hinweisschilder sowie Gedenktafeln an Orten queerer Geschichte angebracht werden.



Betrifft

Stadtarchiv & Historische Museen; Erinnerungsstätte Ständehaus; Kulturamt (z. B. EKT), Karlsruher Frauen*wochen (Gleichstellungsbeauftragte und Kooperationspartner*innen, FLINTA*)



Kosten

Honorare für Stadtführungen; Projektmittel für Vereine und Initiativen auch im Rahmen von Festivals; Kosten für Sichtbarmachung (Arbeit + Material)

3. Ehrung queerer Persönlichkeiten und Erinnerungszeichen in Karlsruhe

Bei der Neuvergabe von Straßen-, Gebäude- oder Platznamen sollen auch queere Persönlichkeiten (z. B. Manfred Bruns) mitbedacht werden. An Orten, an denen queere Persönlichkeiten gelebt und gewirkt haben oder von Repression betroffen waren, sollen Hinweisschilder oder Gedenktafeln und Ergänzungen entsprechend des "Leitfadens zur Erinnerungskultur im öffentlichen Raum" angebracht werden.



Betrifft

Denkmalschutzbehörde (Kulturdenkmäler); Kunst im öffentlichen Raum; Kulturamt; Erinnerungsstätte Ständehaus



Kosten

Ausschreibungen Kunstprojekte; Kunst am Bau; Medienkunst; Anteil an Projektförderung

09. SPORT UND KULTUR

Queere Lebensweisen sind auch im Bereich Sport und Kultur stark vertreten. Pride Pictures veranstaltet jährlich ein überregional bekanntes queeres Filmfestival. Der CSD in Karlsruhe bietet jedes Jahr ein vielfältiges Kulturangebot und mit dem Verein Uferlos Sportverein Karlsruhe e. V. gibt es in Karlsruhe auch ein breites Angebot an Sportaktivitäten für queere Menschen. Jedoch können diese Angebote nicht ohne eine umfangreiche Förderung überleben. Gerade zu Zeiten der Pandemie war es den meisten Vereinen nicht möglich, ihr Angebot fortzuführen. Viele Kosten blieben jedoch bestehen – die Kosten für Sporthallen sind sogar gestiegen. Dieses Angebot ist für queere Menschen jedoch wichtig, da es für sie die Möglichkeit der eigenen Entfaltung bietet und erlaubt, an dem Kulturangebot in Karlsruhe ohne Angst vor Ausschlüssen und Anfeindungen teilzunehmen. Besonders in Sportstätten kann es für trans- und nichtbinäre Personen zu Problemen kommen. Geschlechterspezifische Räumlichkeiten wie Umkleiden, Toiletten oder Duschen können auf diese Menschen ausschließend wirken. Auch herrscht oft eine Angst vor Anfeindungen und Ausgrenzungen in diesen Räumen. Diesen Problemen kann die Stadt Karlsruhe zumindest in den kommunal verwalteten Einrichtungen entgegenzutreten.

Deswegen fordern wir:

1. Mehr queere Veranstaltungen in Einrichtungen in kommunaler Verwaltung

Vergleichbar mit Veranstaltung wie „Pride on Ice“ auf der jährlich im Winter aufgebauten Schlittschuh- bzw. Rollschuhbahn sollen auch in anderen kommunal verwalteten Einrichtung queere Veranstaltung abgehalten werden. Bei Bedarf sollen diese in Zusammenarbeit mit queeren Vereinen entstehen. Beispiele hierfür wären ein speziell an trans* Personen gerichtetes Schwimmangebot in den Karlsruher Bädern in Zusammenarbeit mit Uferlos Sportverein Karlsruhe e.V., um der Angst vor Ausgrenzung entgegenzuwirken (z. B. trans* Schwimmen in städtischen Bädern wie in Köln oder in Mannheim zur trans* Aktionswoche) oder einzelne queere Motto-tage z. B. auf dem Karlsruher Weihnachtsmarkt (Vgl. Pink Monday auf dem Speyerer Brezelfest).



Betrifft

Kommunale Einrichtungen der Stadt Karlsruhe



Kosten

Mehrkosten für queere Veranstaltungen (eine Gegenfinanzierung durch z. B. Einnahmen durch Eintrittskosten ist möglich)

2. Förderung von Anbieter*innen queerer Kulturangebote

Ob in der Kunst, in der Musik oder im Film, queere Aspekte finden sich in vielen Kulturangeboten wieder. Daher begrüßen wir Anbieter*innen, die sich speziell mit queeren Kunst- und Kulturangeboten auseinandersetzen. In Karlsruhe beweist speziell das PRIDE PICTURES Queer Film Festival als größtes queeres Filmfestival in Südwestdeutschland überregionale Strahlkraft und überzeugt mit einer großen Besucher*innenzahl. Seit 30 Jahren beweist es sich als mediales Aushängeschild der Außendarstellung Karlsruhes als Stadt, die Vielfalt und queere Lebensweisen unterstützt. Jedoch fällt die Förderung im Vergleich zu ähnlichen Angeboten in anderen Städten erheblich zurück. Um ein qualitatives Angebot unabhängig von externen Sponsor*innen garantieren zu können, ist eine bessere Förderung solcher Angebote durch die Stadt Karlsruhe nötig – z. B. durch einen von der Stadt geförderten queeren Filmpreis.



Betrifft

Gemeinderat



Kosten

Förderungen

3. Der Ausbau von Raumangeboten für Veranstalter*innen von queeren Kulturangeboten

Da die meisten queeren Vereine nicht über eigene Räumlichkeiten verfügen, soll die Stadt Karlsruhe Räumlichkeiten für die Aktivitäten dieser Vereine zur Verfügung stellen (z. B. Proberäume für Chöre wie die „Schrillmänner“, „queerbeet-Chor“, „WEIBrations“ oder Räumlichkeiten für geschützte Vernetzungsangebote wie dem queerKastle „trans*treff“ oder der queerbeet Hochschulgruppe). Auf lange Sicht sollen durch queere Vereine selbstverwaltete Räumlichkeiten angestrebt werden, wie es queerKastle e. V. zum Ziel hat.



Betrifft

Räumlichkeiten in städtischer Verwaltung



Kosten

Nutzungskosten der Räumlichkeiten

4. Sensibilisierung der Karlsruher Bäder für die Belange von trans* Personen

Um der Angst vor Anfeindungen von trans* Personen in geschlechtsspezifischen Räumlichkeiten wie Umkleiden, Toiletten oder Duschen entgegenzuwirken, soll die Verwaltung der Karlsruher Bäder für den Umgang mit transfeindlichen Vorfällen sensibilisiert werden und ein transinklusives Umfeld schaffen. Beispiele hierfür wäre eine Inklusion von trans* Frauen an Frauentagen, die sich auch in einem inklusiven Sprachgebrauch auf den entsprechenden Webseiten widerspiegelt, sowie die inklusive Gestaltung von geschlechtsspezifischen Räumlichkeiten (z. B. Einzelkabinen).



Betrifft

Die Verwaltung der Karlsruher Bäder; sonstige Sportstätten in kommunaler Verwaltung



Kosten

–

5. Anpassung der Badeordnung in den Karlsruhe Bädern um ein geschlechtsunabhängiges oberkörperfreies Schwimmen.

Die fehlende Möglichkeit für Menschen mit einer vermeintlich weiblich ausgeprägten Brust oberkörperfrei zu schwimmen, schließt trans-, inter* und nichtbinäre Personen aus. Daher soll die Badeordnung der Karlsruher Bäder entsprechend geändert werden, um ein oberkörperfreies Schwimmen geschlechtsunabhängig zu ermöglichen. Private Anbieter sollen nach Möglichkeit angehalten werden, ihre Badeordnung ebenfalls anzupassen.



Betrifft

Die Verwaltung der Karlsruher Bäder



Kosten

–

